

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



**SPD**

Weihnachtsausgabe 2017

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

was für ein Jahr! Und es dürfte spannend weitergehen in 2018. Gerade auch für uns Sozialdemokraten, die wir durch das Scheitern der Jamaikasondierungen in ein Dilemma geraten sind. Wie wir uns auch entscheiden, es wird mit Risiken verbunden sein.

Doch jetzt kommt erst einmal Weihnachten. Mir tut es gut, jedes Jahr wieder neu die Weihnachtsbotschaft zu hören, die große Vision von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Und vielleicht gilt die Botschaft, die die Hirten auf dem Felde von einem Weihnachtsengel zugerufen bekommen, auch uns: „Fürchtet Euch nicht!“

Nicht nur die Stimmung in unserer Partei, auch der Zustand der Welt ist ja durchaus beklagenswert. Und wir Deutschen sind wahre Meister in prophylaktischer Melancholie, drohendes Unheil lauert scheinbar hinter jeder Ecke. Deshalb sind wir vorsorglich düsterer Stimmung, sogar dann, wenn es jede Menge Gründe für Dankbarkeit und Freude gäbe.

Aber die Angst kann lähmend sein. „Sie macht euch nicht tiefsinnig, sondern tatenlos“, könnte der Weihnachtsengel sagen. Wenn wir meinten, er wische beklemmende Verhältnisse mit einer

lässigen Flügelbewegung einfach weg, wäre er aber wohl falsch verstanden. „Fürchtet euch nicht“, diese Botschaft ist weder zynisch noch naiv. „Fürchtet euch nicht“, das heißt: Schärfen euren Sinn für die Möglichkeiten. Wir sollen nicht blind vor Sorge werden oder den Kopf in den Sand stecken. Schauen wir uns vielmehr nach Hoffnungszeichen um, selbst da, wo wir keine erwarten. Rechnen wir mit dem Unmöglichen.

Ja, die Aufforderung zur Furchtlosigkeit im Weihnachtsevangelium lese ich politisch. Und ich finde, sie könnte gerade uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder zu mehr Selbstbewusstsein und Mut ermuntern.

Darum setze mich zuversichtlich dafür ein, dass wir in unserer Partei und Fraktion die anstehenden Diskussionen sachlich, ernsthaft und zukunftsorientiert führen. Lasst uns mutig unsere Werte und Ziele auch in 2018 verfolgen.

In diesem Sinne wünsche ich eine erholsame und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihre/Eure

*Heike Baehrens*



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)

# Wege aus dem Dilemma

Am Wahlabend war klar, dass wir die Koalition mit der Union nicht fortsetzen wollen und so haben wir uns mit Elan auf unsere Rolle als Oppositionsführerin eingestellt. Doch mit der Fahnenflucht der FDP und dem Scheitern der Jamaikasondierung stehen wir vor einer neuen Situation. Die Mehrheitsverhältnisse mit sieben Parteien im neuen Bundestag machen es notwendig, sehr sorgfältig abzuwägen, in welcher Form wir dem Wählervotum gerecht werden. Darum hat der Parteitag nach intensiver Aussprache mehrheitlich für die Aufnahme ergebnisoffener Gespräche mit der Union plädiert. **Neuwahlen** wünscht sich niemand. Sie können nur dann eine Alternative sein, wenn eine bestehende Regierung nicht mehr funktionsfähig ist oder sich die politische Lage grundlegend verändert hat. Allerdings sollte dieses Instrument nicht genutzt werden, um an einem unliebsamen Ergebnis zu rütteln. Es wäre nicht fair gegenüber den Wählerinnen und Wählern, sie erneut an die Urnen zu schicken, ohne die anderen Optionen ausgelotet zu haben. Ganz abgesehen von den enormen Kosten. Bleiben also im Wesentlichen zwei Optionen, deren Vor- und Nachteile hier auszugsweise gegenübergestellt werden:

## Pro GroKo

Stabile Regierung auf Vertragsbasis mit 44 Stimmen Mehrheit

Verhandlungen auf Augenhöhe

Sozialdemokratische Ziele können in Regierungsverantwortung realisiert werden

SPD-MinisterInnen können unser Profil schärfen

Einsatz für Reformen in Europa möglich

Chance, sich neben einer geschrumpften Unionsfraktion und angeschlagenen Kanzlerin als progressive Gestaltungskraft zu profilieren

## Kontra Minderheitsregierung

Weniger Stabilität für Regierungshandeln

Schwächere Verhandlungsposition zur Erreichung sozialdemokratischer Ziele

Union, FDP und AfD können konservative Politikziele durchsetzen

Oppositionsführerschaft kann nur eingeschränkt genutzt werden

Diese Option liegt nicht in der Hand der SPD, wird öffentlich als Notlösung betrachtet

## Kontra GroKo

Vertrauensverlust gegenüber der Union wegen Glyphosatentscheidung und nicht realisierter Koalitionsvertragsinhalte (Rückkehrrecht von Teil- und Vollzeit und Solidarrente)

Politische Kompromisse verwaschen das sozialdemokratische Profil; Politische Erfolge der SPD werden der Koalition zugerechnet

Unterschiede in der politischen Mitte werden weniger wahrgenommen, was die Ränder stärken könnte

Die SPD muss Oppositionsanträge auch bei inhaltlicher Übereinstimmung ablehnen

Es wird befürchtet, dass die SPD weiter an Wählerstimmen verliert

## Pro Minderheitsregierung

SPD wäre Oppositionsführerin und nicht die AfD

SPD-Profil kann durch Projekte, die unterstützt werden und Ablehnung von Projekten, die nicht den eigenen Zielen entsprechen, geschärft werden

Union muss sich politisch klarer positionieren

Aufwertung der parlamentarischen Debatte und mehr Lebendigkeit bei der Mehrheitsbeschaffung

Durch Kooperationsvereinbarungen in Feldern wie Haushalts- oder Außenpolitik sorgt die SPD für Stabilität im Land, während um innenpolitische Inhalte gerungen werden müsste

*Fortsetzung S. 3*

Die nun in die Debatte gebrachte „KoKo“ (Kooperationskoalition) versucht, die Vorteile der beiden Optionen zu vereinen, beinhaltet aber gleichzeitig die negativen Seiten beider Optionen. So richtig ernst kann ich einen solchen Vorschlag nicht nehmen.

Von Bürgerinnen und Bürgern höre ich immer häufiger Unmut über die langwierige Hängepartie und über die Verzagtheit der SPD. Hier können wir zwar auf die unsägliche unionsinterne Vorklärungsphase verweisen und auf die Unfähigkeit der Kanzlerin, die Jamaikaverhandlungen zum Gelingen zu bringen. Aber nun sollten wir endlich mit klaren Forderungen in die Verhandlungen gehen – selbstverständlich ergebnisoffen, aber mit aufrechtem Gang.

## Selbstbedienungsladen Bundestag? Quatsch.



Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind nach geltendem Verfassungsrecht dazu verpflichtet, ihr Einkommen („Diäten“) selbst zu bestimmen. Das Grundgesetz legt auch fest, dass die Entschädigung ihre Unabhängigkeit sichern und der Bedeutung des besonderen Amtes und der damit verbundenen Verantwortung und Belastung gerecht werden muss.

In der Vergangenheit wurde berechtigterweise kritisiert, dass Diäten unregelmäßig und meist sprunghaft vom Bundestag angehoben wurden. Die Begründung für die Diätenhöhe war für die Öffentlichkeit wenig nachvollziehbar. Das wollten die Abgeordneten der letzten Legislaturperiode des Bundestages ändern und setzten eine unabhängige Expertenkommission ein, die dazu Empfehlungen erarbeitete.

Entsprechend dieser Empfehlungen wurde als langfristige und transparente Regelung beschlossen, die Diäten jährlich der Entwicklung des Nominallohnindex anzupassen: steigen die Löhne in Deutschland, steigen die Diäten entsprechend, sinken sie, dann sinken die Diäten ebenfalls. Diese Regelung läuft aber mit jeder Legislaturperiode aus und muss von einem neuen Bundestag innerhalb von drei Monaten wieder bestätigt werden. Das hat der Bundestag nun getan und damit eine transparente, notwendige und nachvollziehbare Antwort auf die Frage gegeben, wie wir die regelmäßige Anpassung der Diäten organisieren. Mit „Selbstbedienung“ oder „Verschleierung“, wie leider in einigen Medien behauptet wird, hat diese Verfahrensentscheidung nichts zu tun.



Martin Schulz beim Bundesparteitag in Berlin

# Nationaler Glyphosatausstieg

Mit seiner unabgesprochenen Zustimmung für eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat in der EU ist CSU-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt vor der Wirtschaftslobby eingeknickt und hat eine Entscheidung gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger getroffen. Damit stellt die Union erneut Wirtschaftsinteressen über Gesundheitsvorsorge und Artenvielfalt. Und der Böhmenkircher Kollege Färber macht sogar den Vorturner der CDU für die weitere Anwendung des Totalherbizids. Ja, in der Bundestagsdebatte hat er erneut den Vergleich gezogen, dass der Genuss von Wein oder Mateteer mindestens genauso gefährlich sei und „Pflügen und Eggen einen größeren Eingriff in die Biodiversität“ bedeute. Wo sich da die Erfahrungen beispielsweise der Imker und Naturfreunde wiederfinden, die mir von dem Problem des Artensterbens berichtet haben, bleibt offen.

Weil Schmidt auf EU-Ebene vollendete Tatsachen geschaffen hat, haben wir als SPD-Fraktion nun sofort reagiert und einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Nutzung des Herbizids zumindest auf nationaler Ebene einschränken und langfristig beenden soll. Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstmöglich die Voraussetzungen zu schaffen, um Totalherbizide wie glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel im privaten Gebrauch, in Haus- und Kleingärten und auch auf öffentlichen Flächen und in geschlossenen Ortschaften sofort zu verbieten. Auch die Anwendung solcher Mittel unmittelbar vor der Ernte soll ab sofort nicht mehr erlaubt sein. Um den endgültigen Ausstieg aus der Glyphosatnutzung zu beschleunigen, wollen wir außerdem Förderprogramme für einen nachhaltigen Pflanzenbau auflegen. Das soll auch die Nutzung anderer chemischer Mittel in der Landwirtschaft langfristig deutlich verringern.

## Unterwegs im Landkreis



Die Hebammen Arinya E. Blochum und Sonja Regenstein haben mich im Bürgerbüro in Göppingen besucht und mir geschildert, dass ihr Beruf zwar wunderschön ist, aber auch dringend Nachwuchs, mehr gesellschaftliche Anerkennung und politische Unterstützung braucht.

Nachdem die FDP die Jamaikaverhandlungen hat platzen lassen, gab es viel Gesprächsstoff zu Verantwortung und Optionen der SPD. Trotz sehr kurzfristiger Einladung kamen rund 50 Genossinnen und Genossen und diskutierten mit mir und den Landtagsabgeordneten über die aktuelle Lage im Bund.



31

## Termine - 18. bis 20. Dezember 2017

Montag, 18. Dezember

15:30 Uhr

Göppinger Waldweihnacht

Stand der Lebenshilfe Göppingen

17:00 Uhr

Vorstandssitzung

Kreisbehindertenring Göppingen

Dienstag, 19. Dezember

9:15 Uhr

Gespräch mit Rektor Andreas Frey  
von der HfWU Geislingen

11:00 Uhr

Gespräch mit Bürgermeisterin Almut Cobet

16:00 bis 18 Uhr

Bürgersprechstunde

Bürgerbüro

Mittwoch, 20. Dezember 14:00 Uhr

Jour Fixe mit Peter Hofelich und Sascha Binder



EIN FROHES FEST

&

EINEN GUTEN START  
INS JAHR 2018

WÜNSCHEN

HEIKE BAEHRENS

UND IHR TEAM

### Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)

### Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)